

Berlin, 20. September 2005
zyk-re



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesvorstand

ver.di wirft der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ Medienmanipulation vor

PRESSEINFORMATION

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert eine umfangreiche Überprüfung aller Medienaktivitäten der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM). Durch Veröffentlichungen der ARD war bekannt geworden, dass die INSM gegen Bezahlung politische Themen in ihrem Sinne in der Jugendserie „Marienhof“ platzieren ließ. „Ein solcher Fall von Manipulation übertrifft alle bisherigen Vermutungen über verdeckte Einflussnahmen durch die INSM“, kritisierte ver.di-Vize **Frank Werneke**.

„Offenbar scheut man die offene Auseinandersetzung über die sozialen und beruflichen Perspektiven von Jugendlichen und schleicht sich stattdessen in Jugendmedien ein“, warf Werneke den Verantwortlichen der INSM vor. „Gerade die Gründungsmitglieder der INSM können sich nicht aus der Verantwortung stehlen“, sagte Werneke und verwies auf Prominente wie Friedrich Merz (CDU), Florian Gerster (SPD) und auch den Präsidenten der FU Berlin, Prof. Dr. Dieter Lenzen.

Werneke betonte, die Medienaktivitäten der INSM gerieten zunehmend in die Kritik unabhängiger Beobachter. „Nicht nur Gewerkschaften und Journalistenverbände, auch Verleger und Rundfunkveranstalter sind aufgerufen, gegen Medienmanipulation jeder Art einzuschreiten.“ Die INSM habe unverzüglich alle ihre Medienaktivitäten offen zu legen.

Die INSM war vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet worden, um in der Öffentlichkeit politische Thesen im Sinne der Wirtschaft zu verbreiten. Dafür steht Experten zufolge über mehrere Jahre ein Budget im hohen zweistelligen Millionenbereich zur Verfügung. Die Organisation und ihre prominenten Unterstützer stehen zumeist CDU oder FDP nahe.

V.i.S.d.P.:
Harald Reutter

ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

e-mail
pressestelle@verdi.de